

TS aktuell

Zeitung für Tempelhof-Schöneberg

März 2011
Nr.1 - 1. Jahrgang

Redaktion:
SPD Tempelhof-Schöneberg,
Feurigstr. 4, 10827 Berlin
Tel.: 781 22 83
Fax: 7800 1217
Mail: kreis.tempelhof-
schoeneberg@spd.de



Ein neues Blatt für den Bezirk

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger aus Tempelhof-Schöneberg, ich freue mich, Ihnen die erste Ausgabe von TS aktuell vorstellen zu können. Die Zeitung wird von nun an regelmäßig erscheinen. TS steht für Tempelhof-Schöneberg - einen der vielfältigsten Bezirke Berlins.

Vieles ist in Bewegung in Tempelhof-Schöneberg. Dahinter stecken Ideen der Politik, der Unternehmen, der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger. Aber welche Themen bewegen die Menschen besonders? Was plant die Politik? Wo kann ich meine Meinung einbringen? Dafür gibt es jetzt die TS aktuell.

Wir wollen zu einer guten Entwicklung des Bezirks beitragen - für sozialen Zusammenhalt, mehr Arbeitsplätze und Bildungschancen. Dazu wollen wir Politik transparenter machen und mehr Hintergrund liefern - über die Gestaltung Ihres Wohnumfelds oder die Schulsanierung im Bezirk. Auch damit Sie sich frühzeitig an den Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihre Dilek Kolat,
Kreisvorsitzende der SPD
Tempelhof-Schöneberg



Das neue Gesicht des Tauentzien: Wenn der Entwurf der Landschaftsarchitekten aus dem Büro Lützwow 7 verwirklicht ist, gibt es eine durchgängige Mittelpromenade mit Hochbeeten.
Foto: Büro Lützwow 7

Ein Hauch Zukunft

Der Tauentzien wird umgestaltet: Wie sehen die Pläne aus? Und was wird aus den anderen Einkaufsstraßen im Bezirk?

Bald kann man in der beliebtesten Shopping-Meile Berlins, dem Tauentzien, wieder gemütlich flanieren. Dazu wird die Mittelpromenade neu gestaltet.

Die Berliner Verkehrsbetriebe sanieren derzeit den Tunnel der U2 unter der Tauentzienstraße in mehreren Etappen. Dazu muss der in die Jahre gekommene U-Bahn-Tunnel von oben her freigelegt werden. Diese Gelegenheit wird zugleich für die zeitgemäße Neugestaltung des breiten und repräsentativen Mittelstreifens genutzt.

Der Tauentzien ist die Einkaufsstraße mit der höchsten Passantenfrequenz in Berlin. Das sorgt derzeit häufig für eine Überlastung der Gehwege. Ein wichtiges Ziel der Neugestaltung ist es daher, dass Fußgänger den Mittelstreifen besser nutzen können.

Gemeinsam mit dem Bezirk-

samt Charlottenburg-Wilmersdorf initiierte der Bezirk Tempelhof-Schöneberg einen Ideenwettbewerb, der Vorschläge für die Neugestaltung des gesamten Straßenzuges zwischen Gedächtniskirche und Wittenbergplatz bringen sollte. In das Konzept sollten auch die Einmündungen der Marburger, Nürnberger und Passauer Straße mit einbezogen werden.

Der Siegerentwurf kam aus dem Landschaftsarchitektenbüro Lützwow 7. Die Pläne sehen auf dem Mittelstreifen einen modern gestalteten und durchgehenden Mittelpromenadenweg vor, der von Hochbeeten eingefasst ist. Die vorhandenen Unterbrechungen des Mittelstreifens sollen weitgehend entfallen und damit eine bessere Begehrbarkeit für alle ermöglichen. Die Fußgängerfreundlichkeit wird zusätzlich durch die Neugestaltung der

Ampelanlagen gesteigert. Das innovative Beleuchtungskonzept sorgt im Dunkeln für eine angenehme Atmosphäre.

Aber auch die Anlieger sollten mitentscheiden. In zwei offenen Veranstaltungen im Amerikahaus im Juli 2010 haben Vertreter der Bezirksverwaltungen die Umgestaltungspläne gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Zahlreiche Anregungen sind bei der Planung berücksichtigt worden. Derzeit erarbeiten die Landschaftsarchitekten die Ausführungsplanung, sodass die Arbeiten im Sommer dieses Jahres beginnen können.

Die Kosten werden soweit von der BVG übernommen, wie für die Wiederherstellung des alten Zustandes erforderlich gewesen wären. Die Zusatzkosten trägt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die mit ihrem Projekt „Aktive Stadtzentren“ die Berliner Zen-

tren und Geschäftsstraßen stärken und zur Standortprofilierung sowie Zusammenführung unterschiedlicher Ansprüche beitragen.

Bezirksstadtrat Oliver Schworck: „Der Erhalt und die Steigerung der Attraktivität der West-City ist der SPD Tempelhof-Schöneberg ein wichtiges Anliegen. Für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist die Umgestaltung ein echter Gewinn, auf den wir uns freuen können.“

C.G./AKH
Mehr auf Seite 3

Veranstaltungsreihe: Frauenmärz - das volle Programm

In diesem Jahr jährt sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal. Anlässlich dieses besonderen Jubiläums stehen die vielfältigen frauen- und gleichstellungspolitischen Errungenschaften und Forderungen auf dem Prüfstand.

Ursprünglich entstand der Frauentag in der Anfangszeit der frauenpolitischen Bewegung, die für Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen kämpfte. In vielen kleinen Schritten erreichten sie ihr Ziel: Am 19. Januar 1919 konnten Frauen erstmals bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung ihre Stimme abgeben. Mit diesem ersten Erfolg war das Eis gebrochen und Frauen erkämpften sich mehr und mehr ihren Platz in der Gesellschaft. Doch bei genaueren Hinsehen wird deutlich: Es gibt noch viel zu tun! Frauen verdienen heute bei gleicher Arbeit immer noch 23 Prozent weni-

In dieser Ausgabe:

- Lassenpark: Alles Matsch? Seite 2
- Gleisdreieck: Ohne Eingang? Seite 2
- Soziale Stadt: Kein Geld vom Bund Seite 5
- Urteil: Freibrief für Spekulanten? Seite 5
- Tempelhofer Feld: Ein Platz für Autos? Seite 6
- Starke Frauen: Luise in Friedenau Seite 7
- Buchtipps, Rezept, Service Seite 8

Service

Neue Hotline für die unabhängige Patientenberatung. Seit Februar ist eine kostenlose zentrale Beratungshotline unter der Nummer 0800-0117722 freigeschaltet. Die unabhängige Patientenberatung ist ab diesem Jahr zur Regelleistung in der gesetzlichen Krankenkasse geworden.

Mieterberatung der SPD Tempelhof-Schöneberg. Haben Sie Probleme mit Ihrem Mietvertrag? Stimmt die Abrechnung? An jedem 1. und 3. Freitag im Monat bietet die SPD in der Zeit von 17 bis 18 Uhr eine Mieterberatung im Laden Feurigstr. 4 in 10827 Berlin-Schöneberg an.



Programmflyer 2011.

Klaus Wowereit im Interview:

„Berlin ist Spitze bei neuen Jobs“

Berlin hat sich fit gemacht für die Zukunft. Das macht Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit im Interview deutlich.

TS: In Berlin geht es wirtschaftlich aufwärts. Kommt diese Entwicklung auch bei den Berlinerinnen und Berlinern an?

Klaus Wowereit: Beim Wirtschaftswachstum und den geschaffenen Arbeitsplätzen ist Berlin in den letzten Jahren Spitzenreiter in Deutschland gewesen. Das ist ein Ergebnis harter Arbeit. Berlin kann heute Spitzenergebnisse in Wissenschaft und Forschung vor-



Seit 2001 Regierender Bürgermeister: Klaus Wowereit. Foto: SPD

weisen, viele kleine und mittlere Unternehmen haben neue Produkte und Dienstleistungen entwickelt. Wir haben es ge-

schaft, dass seit 2006 mehr als 100.000 sozialversicherungspflichtige Jobs neu entstanden sind. Das heißt zugleich für hunderttausend Berlinerinnen und Berliner mehr Sicherheit und vernünftige Einkommen. Allerdings verlangen wir auch von der Bundesregierung, dass sie das Notwendige tut: keine Steuerprivilegien für wenige Besserverdienende, sondern Mindestlöhne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

TS: Lässt sich der Aufwärtstrend in Berlin fortsetzen?

Wowereit: Ja, wenn weiterhin die richtigen Weichen ge-

stellt werden. Der Tourismus boomt und Berlin hat sich zum Zentrum der Kreativwirtschaft entwickelt. Der neue Großflughafen schafft Zehntausende von Jobs. In der Industrie setzt Berlin auf Zukunftstechnologien. Dazu habe ich einen Steuerungskreis Industriepolitik einberufen, in dem Wirtschaft und Gewerkschaften unter meiner Leitung regelmäßig zusammenkommen. Moderne Umwelttechnologien, Elektroautos, Gesundheitstechnik - bei all diesen Themen soll man künftig wie selbstverständlich an Berlin denken.

Fortsetzung Seite 5



Unterschriftensammlung für eine Ampel: Der Schöneberger Abgeordnete Lars Oberg (Mitte) setzt sich für den Erfolg der Kiez-Initiative ein, die zwischen Kleistpark und Kaiser-Wilhelm-Platz eine Ampel haben möchte.

Ampel-Initiative bekommt Unterstützung

Sicher über die Straße

Die Hauptstraße ist eine der zentralen Verkehrsadern in Schöneberg. Jeden Tag wälzen sich zehntausende Autos durch den Bezirk. Die Hauptstraße sicher zu überqueren ist nur dort möglich, wo es Ampeln gibt. Auf dem langen Abschnitt zwischen Kaiser-Wilhelm-Platz und Kleistpark gibt es jedoch keine einzige Ampel.

An den Einmündungen der Helmstraße und der Vorbergstraße gibt es lediglich ungesicherte Übergänge, deren Benutzung - vor allem für Kinder und Senioren - gefährlich ist. Das zeigte ein tragischer Unfall im Jahr 2009 an genau dieser Stelle.

Vor diesem Hintergrund bildete sich eine Kiez-Initiative, die sich für die Einrichtung einer Ampel einsetzt. Mit einer Unterschriftensammlung wurden die Diskussion und die Forderung in den Kiez getragen. Das große Interesse an der Verkehrssicherheit im Kiez, zeigen die rund 400 Unterschriften, die in kürzester Zeit zusammengetragen wurden.

In diesem Januar 2011 übergab die Kiez-Initiative die Unterschriften an den für Verkehr

zuständigen Bezirksstadtrat Oliver Schworck. Der Abgeordnete für Schöneberg Lars Oberg war bei der Übergabe ebenfalls dabei und machte seine Unterstützung deutlich: „Ich werde das Anliegen der Anwohner mit der zuständigen Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung besprechen, um für die Einrichtung der Ampel auf Landesebene zu werben.“

Die Initiatorin der Sammlung Ingrid Stapf betonte gegenüber dem Stadtrat, dass in dem Kiez rund um die Crellestraße viele Familien und Kinder leben, die auf ihren Wegen zur Kita bzw. Schule häufig die Hauptstraße überqueren müssten. Dies und die weiten Wege zur nächsten Ampel erfordern dringend die Einrichtung einer zusätzlichen Ampel.

Oliver Schworck signalisierte seine Unterstützung für die Forderung und berichtete, dass seine Verwaltung bei der zuständigen Landesbehörde, der Verkehrslenkung Berlin (VLB), bereits einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Die VLB hat darauf eine Verkehrszählung veranlasst, deren Ergebnis noch aussteht. **TS**

Ausgesperrt?

SPD fordert Schöneberger Zugang zum Gleisdreieck

Im Herbst 2010 begannen die Landschaftsbauarbeiten auf dem Gebiet am Gleisdreieck. Aus dem ehemals größten Brachgelände Berlins wird ein ansprechender Park mit Angeboten für Sport und Erholung. Ob aber die Schönebergerinnen und Schöneberger auch die Gelegenheit bekommen, das neue Naherholungsgebiet gut zu erreichen, ist derzeit ungeklärt.

Die Planung des Parks und dessen Zugänge liegen federführend beim Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die Frage des Zugangs über die Yorckstraße entlang der S1 (Katzlerstraße) und der S2 (Bautzener Straße) hängt unmittelbar mit der derzeitigen Errichtung des Baumarktes an der Südgrenze des Parks zusammen. Die Zu-

gangsmöglichkeit steht und fällt mit der Bebauung auf dem Grundstück. Derzeit ist weder entlang der S2 (derzeitige Zufahrt zum Beachvolleyballplatz von der Yorckstr. aus) noch entlang der S1 ein barrierefreier Zugang zum Parkgelände vorgesehen.

In Aussicht gestellt wird stattdessen ein völlig ungewisser Eingang auf Umwegen über die neben der S2 gelegene „Brücke Nr. 5“. Auf Schöneberger Seite (Bautzener Straße) ist weder der Zugang zur Brücke noch die Barrierefreiheit dieser Lösung auch nur annähernd gesichert. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und sein Bürgermeister Franz Schulz (Grüne) interessieren sich bislang nicht für dieses Problem. Die Baumarktkette verweist auf den bislang sehr vagen Zugang

über die Brücke, den sie gern unterstützen. Praktisch bedeutet das keine Zugänge zum Gleisdreieckpark für die Anwohner in Schöneberg.

Die SPD-Fraktion in Tempelhof-Schöneberg setzt sich darum vehement für ein Umdenken in dieser Sache ein. Sie fordert, dass im Bebauungsplanverfahren ein eigenständiger barrierefreier, ganztägig geöffneter Weg zum Park eingeplant wird. Nur so verbessert der neue Park die Wohn- und Lebensqualität der Schöneberger Kieze. Auch aus dem Abgeordnetenhaus gibt es Unterstützung. Die Abgeordneten Lars Oberg und Annette Fugmann-Heesing haben sich eingeschaltet und werben dafür, dass der neue Park nicht an den Schönebergern vorbei geplant und gebaut wird. **AKH**

Es geht auch leiser

Flugrouten: Bezirksbürgermeister Ekkehard Band legt Konzept vor

In den südlichen Bezirken Berlins sitzt der Schock über die von der Deutschen Flugsicherung geplanten Abflugrouten des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg-International noch immer tief. Die Flugrouten verlaufen ganz anders, als es die bisherigen Planungen vorsahen.

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg wäre bei der Umsetzung der neuen Planung besonders stark betroffen. Der Ortsteil Lichtenrade und die angrenzenden Gebiete im Norden von Mahlow müssten täglich den Lärm von startenden Flugzeugen in Höhen um 600 Meter, deren Triebwerke noch mit voller Kraft laufen, ertragen. Die neuen Pläne sorgen im Süden für massiven Widerstand. Es formierten sich Bür-

gerinitiativen, zahlreiche Menschen fanden sich zu Demonstrationen zusammen. Bis jetzt ist das Problem von Flugrouten und Lärm jedoch ungeklärt.

Die Bürgerinitiative Lichtenrade/Mahlow Nord fordert, dass bei Starts gen Westen, geradeaus in Richtung Südwesten geflogen wird. So sahen es die ursprünglichen Pläne der Flugrouten vor. Die SPD Tempelhof-Schöneberg unterstützt die Bürgerinitiative und hält die von der Deutschen Flugsicherung im September vorgelegten Pläne für die schlechtesten aller denkbaren Lösungen. Die Flugzeuge würden direkt nach dem Start über dicht bebaute Siedlungen fliegen und damit wesentlich mehr Menschen als ursprünglich vorgesehen beeinträchtigen. **Harald Rossa/AKH**

Bezirksbürgermeister Ekkehard Band hat als Mitglied der Fluglärnkommision eigene Vorschläge auf den Tisch gelegt. Danach wären Lichtenrade und die Nachbarorte Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow vom Lärm startender Maschinen weitgehend verschont, zugleich müsste die Kapazität des Airports nicht beschränkt werden.

Nach Wochen der Konfrontation werden nun die denkbaren Abflugrouten systematisch auf ihre Lärmauswirkungen untersucht und miteinander verglichen. Der Bezirksbürgermeister und die SPD setzen sich auch weiterhin für eine Lösung ein, bei der die geringste Anzahl von Menschen unter Fluglärm zu leiden hat. Jetzt muss gehandelt werden. **Harald Rossa/AKH**

Der Matsch-Park soll begehbar werden

Lassen-Park wird größer - Unterschiedliche Anliegerinteressen in der Diskussion

Eigentlich ist der Heinrich-Lassen-Park am Stadtbad Schöneberg viel zu klein für so viel Streit. Aber weil er so klein ist, ist es schwer alle Nutzungs- und Gestaltungswünsche zu berücksichtigen.

Im Lassen-Park ruhen seit Ende November die Bauarbeiten. Der Grund ist, dass einige Bürgerinnen und Bürger mit dem Instandsetzungs- und Umgestaltungsvorschlag der Verwaltung nicht einverstanden sind und CDU und Grüne in der BVV mehrheitlich einen Baustopp verfügten.

Ende vergangenen Jahres hatte das Grünflächenamt Tempelhof-Schöneberg endlich Haushaltsmittel gefunden, um den lange vernachlässigten Park zu sanieren. Im Mittelpunkt steht dabei die Befestigung der nach Regenfällen regelmäßig völlig vermatschten Durchwegung von der Belziger Straße zur Hauptstraße, wo sich unter anderem die Theo-

odor-Heuss-Bibliothek und das Stadtbad befinden. Da der Block zwischen der Dominicusstraße und der Eisenacher Straße nur an dieser Stelle zu durchqueren ist, ist die Verbindung bei Fußgängern und Radfahrern gleichermaßen beliebt.

Bereits hier beginnt der Konflikt. Einige Bürgerinnen und Bürger wenden sich gegen eine Befestigung mit Asphalt, und bevorzugen sogenannte „wassergebundene Decken“, - Wege, durch die Wasser hindurch sickern kann. Darüber hinaus wird eine Freigabe der Wege für den Radverkehr abgelehnt.

Nun sind die wassergebundenen Decken derzeit Teil des Problems der Vermatschung und nicht deren Lösung. Auch zeigt die Erfahrung, dass praktische Fahrradverbindungen genutzt werden, gleichgültig, ob dies erlaubt ist oder nicht.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Einrichtung eines Platzes zur Aufstellung der derzeit an drei Stellen im Park verteilten



Bei Regen unbetretbar: der Heinrich-Lassen-Park.

Foto: Seltz

Container für Müll und Grünschnitt am Rande des Parks. Hier wird der Verwaltung vorgeworfen, sie habe dafür zwei intakte Bäume gefällt. Das Grünflächenamt erwidert, es verfüge über Gutachten, die belegen, dass die Bäume ohnehin hätten gefällt werden müssen. Es habe sich im Übrigen um Robinien gehandelt, die auch unter Naturschützern kontrovers diskutiert werden.

Für drei willkürlich im Park verteilte Standorte, die mit schwerem Gerät angefahren werden müssen, statt eines Platzes am Rande des Parks, spricht nicht viel mehr, als es eben lange so war.

Die größten Differenzen zwischen den Bürgern, die sich zu Wort gemeldet haben, und der Verwaltung besteht bei der Gestaltung im Bereich der Belziger Straße. Hier steht sowohl

die geänderte Wegführung als auch die Frage der Bepflanzung zur Straße in der Kritik. Das Bezirksamt hat das zwischen der Liege- und Spielwiese und der Straße stehende Buschwerk entfernt und plant nur eine niedrige Ersatzbepflanzung. Es reagiert damit auf die regelmäßige Forderung der bezirklichen Spielplatzkommission, dass Kinderspielplätze zum Schutz der Kinder gut einsehbar sein sollen.

Die Bürgerinnen und Bürger hätten gerne eine Bepflanzung mit hohen Büschen wie zuvor. Auch dafür gibt es gute Argumente, insbesondere den Schutz vor Staub und vor Gaffern von der Straße.

Eine Nachricht dürfte trotz aller Diskussionspunkte alle erfreuen: Der Park wird ein bisschen größer. Die bislang noch gepflasterte Fläche zur Belziger Straße wird begrünt und in den Park mit einbezogen. **Axel Seltz (SPD-Bezirksverordneter und Anwohner)**

Notizen aus dem Bezirk

Sport in Tempelhof-Schöneberg gestärkt. Der mit Sportanlagen seit Jahren unterversorgte Bezirk Tempelhof-Schöneberg erhält im Laufe dieses Jahres zwei neue wettkampfgerechte Sportanlagen: einen Sportplatz am Matthäifriedhofsweg in Schöneberg und eine Sporthalle am Baußernweg in Lichtenrade. Diese gelten als Ersatz für den Wegfall der Schöneberger Radrennbahn. Die Kosten für beide Projekte belaufen sich auf circa 8 Millionen Euro.

Diskussionen in Politik und Verwaltung, aber auch zum Teil zweifelhafte Gutachten, wie ein „Insektenfluggutachten“ hatten den Baubeginn immer wieder verzögert und so die Kosten in die Höhe getrieben. „Um eine Entspannung für die Sportvereine zu schaffen, sind beide Projekte aber sehr wichtig“, so der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Oliver Fey. Positiv, so Fey weiter, sei auch der Neubau der Sporthalle am Pehlsplatz aus Mitteln aus dem Konjunkturpaket II, die zwar aufgrund ihrer Größe nicht wettkampfgerecht, für den Trainingsbetrieb aber definitiv geeignet sei.

Wohngeld-Anträge. Anträge auf Wohngeld können seit Februar während der Öffnungszeiten der Bürgerämter des Bezirks Tempelhof-Schöneberg abgegeben werden. Für Wohngeldangelegenheiten stehen dadurch umfangreichere Öffnungszeiten zur Verfügung. Dafür entfällt die bisherige Sprechzeit in der Wohngeldstelle. Es gibt aber auch die Möglichkeit, Unterlagen per Post an das Bezirksamt zu schicken. Dies kann Wartezeiten ersparen.

Bezirksbroschüre erhältlich. Die Bezirksbroschüre „Tempelhof-Schöneberg - ein lebendiger Bezirk zwischen Großstadt und Idylle“ 2011 ist erschienen. Die neue Ausgabe enthält einen Stadtplan des Bezirkes, sie stellt die verschiedenen Abteilungen der Bezirksverwaltung vor sowie unter den Rubriken „was erlediige ich wo?“ und „der Bezirk von A-Z“ zahlreiche Einrichtungen im Bezirk. Die Broschüre ist kostenlos u.a. in allen Bürgerämtern erhältlich.

Impressum

TS aktuell - Zeitung für Tempelhof Schöneberg
Herausgeber: SPD Tempelhof-Schöneberg, Feurigstraße 4, 10827 Berlin, Tel.: 7812283, Fax: 7800121

Redaktion dieser Ausgabe: Reinhard Baack, Christoph Goetz, Anne-Kathrin Helmsdorf, Ulrich Horb, Dilek Kolat (V.i.S.d.P.), Eva Liebchen, Martina Reichardt, Harald Rossa, Petra Rudolph-Korte, Ingo Siebert, Katrin Wolter, Frank Zimmermann.

Druck: Henke Presse Druck
Verteilung: Die „TS aktuell“ wird kostenlos in Tempelhof-Schöneberg verteilt. Mit vollem Namen unterzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.



Markt am Breslauer Platz: Zur Umgestaltung des Platzes liegt ein Entwurf vor, den das Bezirksamt gemeinsam mit den Anwohnern diskutiert.



Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nach der Umgestaltung auch für Fußgänger attraktiver geworden.

Einkaufsstrassen sollen attraktiver werden: Auf gute Nachbarschaft

Hauptstraßen sind die Lebensadern unseres Bezirks. Hier begegnen sich die Menschen beim Einkaufen, in Cafés und beim Spaziergang. Die großen Straßen sorgen nicht nur für einen fließenden Verkehr, sondern sind vor allem eines: Zentren der Kieze und Orte der Identifikation.

Doch dieser Rolle werden die großen Achsen in Tempelhof-Schöneberg, der Tempelhofer und Mariendorfer Damm sowie Haupt- und Potsdamer Straße immer weniger gerecht. Die alte stadtplanerische Idee einer autogerechten Stadt wirkt sich heute negativ aus: Aus den alten Zentren wurden reine Durchgangskorridore für den weiter anwachsenden Au-

toverkehr. Lärm und schlechte Luft sind an der Tagesordnung und die Konsequenz ist, dass Passanten die Bereiche meiden, Läden abwandern und der öffentliche Raum verwahrlost.

Betroffene Anwohner und Besitzer der Läden fordern zunehmend die Einhaltung der Abgas-, Feinstaub- und Lärmrichtwerte und eine Verbesserung ihrer Situation. Die Abwärtsspirale, die mit dem Wegbleiben der Käuferinnen und Käufer beginnt, zu Leerstand von Geschäften, zum Attraktivitätsverlust und zur Verödung einst lebendiger Einkaufsstrassen führt, muss gestoppt werden. 99-Cent-Shops, Spielcasinos und Wettbüros schaden dem Image der Einkaufsstrassen und werten Kieze ab.

Diese Entwicklungen vollziehen sich bereits seit mehreren Jahren. Und auch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg hat sich für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität rund um die Einkaufsstrassen stark gemacht. Insbesondere die SPD-Fraktion hat bereits für eine Reihe von nachhaltigen Verbesserungen gesorgt. Und auch für die kommenden Monate und Jahre sind noch weitere Projekte von der SPD Tempelhof-Schöneberg geplant.

Dabei wird sie auch von der Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer unterstützt: „Ziel ist die Nahversorgung der Wohngebiete zu sichern und unnötigen Autover-

kehr zu vermeiden. Für die stadtverträgliche Ansiedlung von Fachmärkten werden künftig in Berlin gesonderte Standorte ausgewiesen. Neue Lebensmittelmärkte sollen z.B. nur dort eröffnen, wo sie zur Versorgung der Wohnbevölkerung wirklich erforderlich sind.“ Die besten Lösungen für die einzelnen Standorte und Probleme müssen gemeinsam mit dem Menschen im Kiez entwickelt werden. Das Leben im Bezirk lebt von öffentlichen Räumen und Plätzen. Hier findet gelebte Nachbarschaft statt. Die SPD ist offen für gute Ideen, die zur Rückgewinnung der alten Einkaufsstrassen für die Kieze und zum besseren Miteinander beitragen.

Christoph Götz



Tempelhofer Damm, Hauptstraße oder Rheinstraße: Der Leerstand soll ein Ende haben, die Straßen müssen wieder attraktiver werden.

Te-Damm:

Wieder in Ruhe einkaufen gehen

Der Tempelhofer und Mariendorfer Damm muss künftig wieder eine lebendige Straße mit gewachsenen Einzelhandelsstrukturen und einer guten Qualität der alltäglichen Nahversorgung werden. Um dieses Ziel zu erreichen, entwickelte die SPD-Fraktion in der BVV ein Konzept zur Verkehrsberuhigung.

Die verträglichere Gestaltung des hohen Verkehrsaufkommens kann mit Geschwindigkeitsbeschränkungen und der Koordinierung der Ampelschaltungen erreicht werden. Neben den verkehrstechnischen Maßnahmen sollen markante Plätze, wie der S-Bahnhof Tempelhof, der Anger in Alt-Tempelhof, der Rathaus-

platz oder der U-Bahnhof Alt-Mariendorf umgestaltet werden. Zugleich setzt sich die SPD-Fraktion für zusätzliche Parkmöglichkeiten für Einzelhandelskunden (Parkscheibe) und für den Lieferverkehr (Lieferzone) ein. Eine weitere Entlastung des Tempelhofer Damms stellt die Reduzierung des starken LKW-Verkehrs mittels Durchfahrtsbeschränkungen dar.

Aber der Schwerpunkt darf nicht nur auf der Regulierung des Autoverkehrs liegen. Wichtig für die Attraktivität des Tempelhofer und Mariendorfer Damms ist der konsequente Ausbau der Radwege, damit sich auch die Anwohner sicher in ihrem Kiez bewegen können.

C.G.

Lichtenrader Bahnhofstraße:

Pläne gemeinsam entwickeln

Nach den Vorstellungen eines Investors soll auf dem Gelände der „alten Mälzerei“ ein Einkaufszentrum entstehen. Die avisierten 9000 Quadratmeter Verkaufsfläche würden nahezu den gesamten Entwicklungspuffer aufzehren, den das Zentren- und Einzelhandelskonzept dem Standort Bahnhofstraße einräumt.

Unklar ist daher nicht nur die unmittelbare Auswirkung eines solchen Centers auf die Gewerbestruktur der Bahnhofstraße, sondern auch die längerfristige Folge, dass anderen Einzelhändlern die Entwicklungsmöglichkeiten genommen wären. Nach den Vorstellungen der SPD soll das Center grundsätzlich deutlich kleiner

dimensioniert werden. Außer dem soll es eine Perspektivenwerkstatt geben, in der Gewerbetreibende, Anwohner und der Investor „auf Augenhöhe“ ein Konzept für die zukünftige Entwicklung rund um die „alte Mälzerei“ entwickeln.

C.G.

Was denken Sie?

Wie sehen Sie die Entwicklung der Hauptstraßen im Bezirk? Was soll sich ändern, was entwickelt sich gut?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: Redaktion TS aktuell, c/o SPD Tempelhof-Schöneberg, Feurigstraße 4, 10827 Berlin.

Spielhallenflut in den Kiezen Zuviel Glück...

Der Senat will die weitere Ausbreitung von Spielhallen begrenzen und Maßnahmen zur Suchtprävention verbindlich vorschreiben.

Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Senat vorgelegt. Berlin nutzt damit als erstes Land die den Ländern übertragene Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Spielhallen. Als vorrangige Maßnahme zur Suchtprävention sollen die Erlaubnisvoraussetzungen für Spielhallenbetreiberinnen und -betreiber verschärft werden.

Der Gesetzentwurf sieht ferner Regelungen vor, die eine Ballung von Spielhallen an einem Standort verhindern sollen. So ist ein Abstand zwischen einzelnen Spielhallen von mindestens 500 Metern einzuhalten. Zur Gewährleistung des Jugendschutzes dürfen Spielhallen nicht in räumlicher Nähe zu vorwiegend von Kindern und Jugendlichen aufgesuchten Einrichtungen betrieben werden. Zum Schutz der Spielerinnen und Spieler wird die Sperrzeit auf 3.00 bis 11.00 Uhr ausgedehnt.

AKH

Kaiser-Wilhelm-Platz:

Brücke zwischen den Kiezen

In Alt-Schöneberg wurde mit dem Umbau des Kaiser-Wilhelm-Platzes ein erster wichtiger Schritt zu einem schönen Wohnquartier getan. Für Fußgänger schlägt der Ort eine Art Brücke zwischen der attraktiven Akazienstraße und dem neuen S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke.

In der Kolonnenstraße ist rund um den neuen S-Bahnhof eine neue und begehrte Lage entstanden und die Ladenstruktur befindet sich im Um-

bruch. Zugleich wurde die Kolonnenstraße mit dem Bau der Wilhelm-Kabus-Straße vom Verkehr deutlich entlastet.

An diese Entwicklungen knüpft die SPD-Fraktion in der BVV mit ihrem Antrag zur Verkehrsberuhigung zwischen Naumann- und Wilhelm-Kabus-Straße. Hier soll der Verkehrsraum für den Fließverkehr zurück genommen werden und Park- und Liefermöglichkeiten für Gewerbetreibende sowie ein Fahrradstreifen geschaffen werden.

Potsdamer Straße:

Ohne Flachbau

Mit dem Wegzug der BVG-Zentrale wurde die ohnehin stark angeschlagene Potsdamer Straße als Wirtschaftsstandort weiter geschwächt. Eine Aufwertung durch wirtschaftlich positive Entwicklung und Entlastung von Verkehrsemissionen in der gesamten Potsdamer Straße hat sich die SPD in Tempelhof-Schöneberg für die nächsten Jahre zur Aufgabe gemacht.

An der Potsdamer Straße, Ecke Langenscheidtstraße konnte die Negativ-Spirale zunächst gestoppt werden: Nach Vorstellung des CDU-Baustadtrats Krömer und einer Supermarktkette sollte hier ein städtebaulich völlig unbefriedigender Flachbau entstehen. Das Grundstück wird nun über den Liegenschaftsfonds mit der Maßgabe angeboten, dass eine Blockantenschließung in „Berliner Traufhöhe“ gebaut wird.

Innsbrucker Platz:

Neue Wohnungen in attraktiver Lage

In der Hauptstraße soll der Breslauer Platz umgebaut und attraktiver für Fußgänger werden. Damit wird sich auch die Situation für die Einzelhändler verbessern. Die Pläne werden derzeit mit den Anliegern diskutiert.

Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs am Innsbrucker Platz gibt es langsam Bewegung. Die Deutsche Bahn hat das Gelände an einen Investor verkauft, der nun seine Pläne vorstellte. Das rund 30.000 Quadratmeter umfassende Gelände entspricht ungefähr vier Fußballplätzen.

Auf dieser Fläche sollen sich nach den Vorstellungen des Investors Böag bald gehobene Einzelhandelsketten und ein Parkplatz befinden, die Autofahrer von der Hauptstraße und der Stadtringautobahn

anlocken sollen. Das entspricht überhaupt nicht den Vorstellungen der SPD-Fraktion in der BVV.

„Lieber nix als das“, kommentierte Christoph Götz (SPD) die Böag-Pläne. Götz, Mitglied im Ausschuss für Stadtplanung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg, erläutert die Vorstellung der SPD für mehr Wohnqualität in diesem Kiez: „Am Innsbrucker Platz sollen direkt an Friedenau anschließend neue Wohnungen entstehen und zur Ring- und Stadtautobahn ein abschirmender Gewerberiegel. Ein zusätzliches Einkaufszentrum sorgt nicht für mehr Attraktivität in der Gegend. Ganz im Gegenteil: Bestehende Gewerbestruktur wäre gefährdet und der Wohnungs- und Ladenleerstand würde weiter vorangetrieben.“

TS



Eingang zum Auguste-Viktoria-Klinikum in der Rubensstraße. Foto: Horb

Spitzenmedizin im Kiez

Sichere Versorgung für Patienten

Fast jeder Einwohner Tempelhof-Schönebergs kennt das Auguste-Viktoria-Klinikum (AVK), das Wenckebach-Klinikum sowie das St. Joseph Krankenhaus. Sie sind zentral und kieznahe gelegen und damit schnell erreichbar, was bei lebensbedrohenden Erkrankungen oder Unfällen von großem Wert ist.

Das AVK ist ein Krankenhaus, mit dem sich die Bevölkerung besonders gut identifiziert und das für seinen Kiez eine ganz besondere Funktion hat. Es bietet international anerkannte Spitzenmedizin, zum Beispiel im HIV/AIDS-Bereich und erstklassige Medizin in den klinischen Zentren für Orthopädie, für Tumorerkrankungen, für Diabetes Mellitus, für Urologie, für stationäre Entwöhnung sowie für die ambulante Rehabilitation. Hinzu kommen noch die Geburtsklinik und weiter die speziellen Schlaganfall- und Brustschmerzcentren.

Von der Tempelhofer Bevölkerung gut angenommen und ebenfalls gut geführt sind das

Wenckebach-Klinikum mit Zentren für Onkologie, Altersmedizin und Gerontopsychiatrie sowie das St. Joseph Krankenhaus.

Allein das St. Joseph Krankenhaus hatte 2010 ca. 22.000 stationäre Behandlungsfälle und ca. 34.000 1. Hilfe-Notfälle. Die dortige Geburtsklinik, mit 2944 Geburten die viertgrößte Deutschlands, und das von der WHO weltweit als erstes mit dem Signet „babyfreundlich“ ausgezeichnete Kinderkrankenhaus werden ebenfalls von den Patientinnen und Patienten sehr geschätzt. Und das soll auch nach Meinung der SPD so bleiben.

Für eine sichere und schnell erreichbare Krankenhausversorgung in Tempelhof-Schöneberg müssen das Auguste-Viktoria-Klinikum (AVK), das Wenckebach-Klinikum sowie das St. Joseph Krankenhaus jeweils auch mit ihren stark frequentierten Rettungsstellen das unverzichtbare Rückgrat der stationären Krankenversorgung für die rund 330.000 Einwohner des Bezirks bleiben.

Rainer Baack

Die Wundertüte wird gefüllt

Stadträtin Schöttler spendete für ein Projekt der Arbeiterwohlfahrt Friedenau

Zu ihrem Geburtstag bitet die Stadträtin für Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement, Angelika Schöttler (SPD) ihre Gratulanten seit einigen Jahren statt eines persönlichen Geschenks um eine Spende für einen karitativen Verein oder ein soziales Projekt. Diesmal konnte sie die großzügige Gabe von 500 Euro an das Projekt „Wundertüte“ der Arbeiterwohlfahrt Friedenau weiterreichen.

Die Initiatorin des Projekts und Vorsitzende der Friedenauer AWO, Eva Liebchen, nahm das Geschenk im Rathaus Friedenau, dem Amtssitz von Stadträtin Schöttler, entgegen. Ihr und ihren Mitsreiter(inne)n, die alle ehrenamtlich arbeiten, gibt es nun die Mög-



Stadträtin Angelika Schöttler überreicht Eva Liebchen 500 Euro für das Friedenauer Projekt „Wundertüte“. Foto: BA

lichkeit, benachteiligten Kindern bei der Beschaffung von Schulmaterialien zu helfen. Aber nicht nur mit Büchern, Buntstiften, Taschenrechnern und Schultaschen, auch mit Fahrgeld für Ausflüge, Eintrittsgelder für Ausstellungen,

Nachhilfeunterricht und Sportbekleidung hilft die Aktion „Wundertüte“.

Sie zahlt in Ausnahmefällen für das Schulesen und sogar bei der Finanzierung von Klassenfahrten, immer aber in Abstimmung mit den Lehrerinnen

und Lehrern der Friedenauer Schulen.

Der finanzielle Grundstock des Projekts „Wundertüte“ ist eine kleine Erbschaft. Darüber hinaus ist man auf Spendengeldern angewiesen, die vorwiegend von den Mitgliedern der Friedenauer AWO aufgebracht werden, aber inzwischen immer mehr auch von Bürgerinnen und Bürgern des Kiezes, seitdem die Aktivitäten bekannter werden. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit hat die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen.

Das Spendenkonto - von dem keinerlei Verwaltungskosten abgezogen werden - lautet:

Arbeiterwohlfahrt Friedenau bei der SEB AG
Konto 19 82 70 72 01
BLZ 100 101 11

Viel gelernt

Teltow-Grundschule: Der Erhalt hat sich gelohnt

Die Schließung der Teltow-Grundschule ist vom Tisch. Rückläufige Schülerzahlen der Teltow-Grundschule sorgten im Frühjahr 2010, als das Schulamt den Schulentwicklungsplan für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg vorstellte, für eine heftige Diskussion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Bündnis 90/Die Grünen und die damals noch existierende FDP-Fraktion, wollten die Schule aufheben. Stattdessen sollte die Sternberg-Grundschule an den Standort Feurigstraße umziehen.

Die Teltow-Grundschule hatte damals ein Problem: Sie wurde von bildungsbewussten Eltern nicht angenommen. Es gab festsitzende Vorurteile, nach denen die Schule nicht das Zeug hat, die Kinder angemessen auf das Gymnasium vorzubereiten. So muteten Eltern ihrem Kind lieber einen längeren Schulweg zu, als die Schule in direkter Wohnortnähe zu wählen. Außer Betracht bleibt dabei, dass die Teltow-Schule sehr gute pädagogische Arbeit mit ihrem engagierten Lehrer- und Erzieher-Team leistet. Davon überzeugte



Teltow-Schule: Attraktive Schule im Kiez. Foto: Seltz

sich im letzten Jahr auch Schulsenator Jürgen Zöllner, der die vielfältige Arbeit vor Ort lobte.

Vielleicht gab es eine Zeit, in der die Schule die Erwartungen der Eltern nicht erfüllen konnte. Aber das ist lange her. Die individuelle Förderung der Schüler nach den Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes stehen jetzt im Vordergrund. Die Stärkung der Lesefähigkeit, des naturwissenschaftlichen Denkens sowie die Förderung der sozialen Kompetenzen sind die pädagogischen Schwerpunkte der Schule. Jeder weiß seit der „PISA-Diskussion“, dass gerade diese Schlüsselkompetenzen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn entscheidend sind. Zusätzlich ergänzt ein Netz von Kooperationspartnern das Angebot der Schule. Eine gebundene Ganztagschule, die ge-

winnbringend Unterricht und Freiräume auf der Grundlage eines tragfähigen und erfolgreichen Konzeptes miteinander verzahnt.

Dass die Teltow-Grundschule sehr gute Arbeit leistet, wurde ihr erst im Sommer 2010 durch die Schulinspektion bescheinigt. Sie schnitt durchweg bei allen Beurteilungskriterien mit der bestmöglichen Bewertung ab und liegt damit im Spitzfeld Berlins. Das zeigt: Der Schulerhalt hat sich gelohnt - nicht zuletzt für den Kiez. Unterstützung erhält die Schule nicht nur von der SPD-Fraktion in der BVV, sondern auch vom Wahlkreisabgeordneten Lars Oberg: „Es ist ein großer Erfolg der SPD und des Engagements vieler Schönebergerinnen und Schöneberger, dass es weiterhin in ganz Schöneberg ein wohnortnahes Angebot für Grundschüler gibt.“

Viele Eltern haben inzwischen entdeckt, dass sie in ihrer Nähe eine attraktive Schule haben. Dies sorgte für einen Anstieg der Anmeldungen für die neuen 1. Klassen: Im kommenden Schuljahr werden in der Teltow-Grundschule wieder drei Klassen eingeschult.

Elke Ahlhoff

Saarstraße 14: Einweihung mit einem Straßenfest

Nun sind sie gelandet und feiern am Sonnabend, dem 12. März ihre Ankunft in Friedenau in der Saarstraße 14. Gemeint ist der Bundesverband der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) - Die Falken, der nach dem Kauf des Hauses und längerer Umbauzeit hier seine Bundesgeschäftsstelle eingerichtet hat. Sie wird zu einer Bildungs- und Begegnungsstätte für den Verband und befreundete Organisationen, geeignet für Seminare und Begegnungen.

Darüber hinaus soll das Wirken von Luise und Karl Kautsky, die von 1900 bis 1902 in diesem Haus gewohnt und gearbeitet haben, vorgestellt werden. Das Haus wird nach ihnen benannt und ihre Arbeit mit einer Ausstellung und einer um-



Das Haus Saarstraße 14.

fangreichen Bibliothek mit dem Schwerpunkt Luise und Karl Kautsky, eingerichtet in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, seine Würdigung finden.

„Die Falken“ planen neben einem offiziellen Festakt für den 12. März nachmittags ein Straßenfest vor dem Luise & Karl Kautsky-Haus für alle, die vorbeikommen möchten.

Die SJD - Die Falken, ein Verband mit einer über 100-jährigen Geschichte, vertreten die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Sie organisieren mit den Kindern Gruppenarbeit im Stadtteil, Zeltlager und Ferienfreizeiten, Seminare und Aktionen. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Durchsetzung von Freiheit und Frieden stehen im Vordergrund. Eva Liebchen

Berlin macht Schule

Mehr Ganztagschulen, bessere individuelle Förderung, keine Sackgassen

Berlin hat die Sackgassen abgeschafft - zumindest im Schulsystem. „Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler die bestmögliche Förderung bekommen“, sagt Berlins Schulsenator Prof. Jürgen Zöllner (SPD). Neben den Gymnasien ist auch an den neuen Sekundarschulen das Abitur möglich. Und auch die Schulanmeldungen zeigen jetzt die große Akzeptanz der Reform.

Haupt-, Real- und Gesamtschulen sind mit der Schulreform des vergangenen Jahres in die neue Integrierte Sekundarschule übergegangen. Hier

lernen Schülerinnen und Schüler gemeinsam, profitieren von kleineren Klassen und einer stärkeren individuellen Förderung. Das bedeutet mehr Chancengleichheit. Während das Abitur an den Gymnasien nach 12 Jahren abgelegt wird, haben die Schülerinnen und Schüler an der Sekundarschule ein Jahr länger Zeit. Damit kann das unterschiedliche Lerntempo besser berücksichtigt werden.

An allen Sekundarschulen gibt es eine frühe Verbindung von Schule, Ausbildungen und Berufswelt - das Duale Lernen. Dabei können Schulen - ebenso wie beim Ganztagsbetrieb -

mit Partnern außerhalb der Schule zusammenarbeiten. Das kann die Handwerkskammer sein, aber auch der Landessportbund.

In die Sanierung und Modernisierung der Schulen fließen von 2009 bis 2011 mehr als eine Milliarde Euro. Alte Heizungen wurden ersetzt, Fachräume eingerichtet, Gymnasien und Integrierte Sekundarschulen werden mit Mensen ausgestattet.

Durchschnittlich kommt in Berlin auf 15 Schüler/innen eine Lehrkraft. Der Bundesdurchschnitt liegt mit knapp 17 Schüler/innen deutlich darüber. Bil-

dungssenator Zöllner: „Berlin leistet sich bundesweit mit die höchsten Bildungsausgaben pro Schülerin und Schüler - und darauf können wir stolz sein. Dieses Geld ist sehr gut angelegt in die Zukunft der Kinder und die Perspektiven für Berlin.“

Verbesserungen gab es auch in den ersten sechs Klassenstufen: Alle Berliner Grundschulen sind Ganztagschulen. Kinder werden ganztägig unterstützt durch Lehrkräfte, Erzieherinnen und Sozialarbeiter. Freie Träger der Jugendarbeit, Sportvereine und Musikschulen kooperieren dabei. „Die

Grundschule wird zunehmend zum Lern- und Lebensort mit anspruchsvollen Angeboten auch in der Freizeit“, so Bildungssenator Prof. Jürgen Zöllner.

Die Reformen werden ihre Wirkung entfalten, da ist sich Bildungssenator Zöllner sicher. Dazu brauchen die Schulen jetzt Zeit und die notwendige Ruhe. Ihre neue Eigenständigkeit in vielen Fragen kommt ihnen dabei zugute. Investiert wird jetzt in die Qualität: in die Ausstattung mit Lehrerstellen, und Sozialarbeitern, in den Ausbau des Ganztagsbetriebs und des Schulesens. uh

Kommentar:

Freibrief für Spekulanten?

von Frank Zimmermann

Freispruch für Landowsky. Viele Beobachter fragen sich: Gab es etwa kein Fehlverhalten? Oder am Ende gar keinen Schaden?

Der Schaden aus dem Bankenskandal beläuft sich derzeit auf 3,9 Milliarden Euro. Zählt man die 1,8 Milliarden für den Rückkauf von Fondsanteilen mit, sind es 5,7 Milliarden Euro. Dieses Geld ist weg, auch wenn Landowsky etwas anderes behauptet. Es fehlt Berlin bei den Kitas, der Schulsanierung und der Straßenreparatur.

Landowsky ist also nicht mangels Schaden freigesprochen worden. Der Grund ist vielmehr ein Wandel in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Mitten im Verfahren hat es neue, unüberwindliche Hürden für die Beweisführung aufgestellt. Der Untreue-Paragraph ist damit praktisch unanwendbar geworden - ein Freibrief für Finanzspekulanten.

Wenn es dabei bleibt, wird das Versenken von fremdem Vermögen, gleich ob öffent-



Frank Zimmermann ist Mitglied des Abgeordnetenhauses und ehemaliger Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Banken-skandal.

lich oder privat, auch künftig unbestraft bleiben. Ein unhaltbarer Zustand.

Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf. Das zahnlose Wirtschaftsstrafrecht muss schnellstens reformiert werden. Wir brauchen einen Straftatbestand, der die Pflichten von Finanzvorständen und Spitzenmanagern klar regelt und Verstöße mit spürbaren Strafen belegt. Nur dann kann öffentliches Vermögen wirksam vor Gefährdung oder gar Vernichtung geschützt werden.

Wasserbetriebe:

Ist der Rückkauf möglich?

Die Berlinerinnen und Berliner haben im Februar entschieden: Die Wasserbetriebe sollen wieder vollständig öffentliches Eigentum werden. Das will auch der Senat.

Schon vor dem Volksentscheid hat Berlin Verhandlungen mit RWE und Veolia aufgenommen - mit zwei Zielen. Erstens Rückkauf: Wenn die privaten Anteilseigner bereit sind und der Preis vertretbar ist, könnte der Senat zurückkaufen. RWE ist grundsätzlich offen und will im Frühjahr ein Angebot unterbreiten. Bis zum Sommer könnte dann eine Entscheidung über die Rückfüh-

rung des RWE-Anteils von 24,95% in öffentliches Eigentum fallen. Berlin hätte dann 75% der Wasserbetriebe. Veolia, das ebenfalls 24,95% hält, hat sich bisher ablehnend geäußert.

Zweitens Vertragsanpassung: Parallel laufen Verhandlungen über eine Senkung der Umsatzrendite. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Vertragspartner - wenn sie nicht verkaufen - mit dem Senat für die Zukunft eine geringere Rendite als die bisherigen 24% vereinbaren. Je mehr Mittel dann im Betrieb verbleiben, desto größer der Spielraum für Preissenkungen. **F.Z.**

Empfang für Vereine und Verbände

Kleines Dankeschön

„Ohne bürgerschaftliches Engagement in seiner ganzen Vielfalt ist eine lebendige und solidarische Gesellschaft nicht möglich. Deswegen ist es mir und meiner Fraktion ein Anliegen, uns heute Abend bei all denen zu bedanken, die sich für unseren Bezirk engagieren“ begrüßte die SPD-Fraktionsvorsitzende Elke Ahlhoff die 200 Gäste auf dem SPD Empfang.

Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg hatte VertreterInnen von Vereinen, Verbänden, Initiativen, Projekten, Kirchen, Engagierte in der Betreuung von Kindern, Kranken und alten Menschen in die Brandenburghalle des Rathau-



Beim Empfang der SPD-Fraktion: die Vorsitzende von „Friedenau-Integrativ“ Antje Schwarzer (l.).

ses Schöneberg eingeladen. In ihrer Ansprache hob Ahlhoff das neue Ehrenamtsbüro hervor. Dieses hatte Bezirksbürgermeister Ekkehard Band auf SPD-Initiative im letzten Jahr eingerichtet. Das Ehrenamtsbüro soll bürgerschaftliches Engagement unterstützen und den Zugang für Interessierte erleichtern. **M.G.**

„Soziale Stadt“ gerettet

Bundesregierung kürzt in sozialen Brennpunkten - Berlin übernimmt Finanzierung

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat Kürzungen um 72 Prozent beim Programm „Soziale Stadt“ und damit den Ausstieg aus der Städtebauförderung für soziale Brennpunkte beschlossen.

Bisher konnten mit diesen Mitteln dringend erforderliche Bildungs- und Integrationsaufgaben in Wohnquartieren umgesetzt werden, die besonders stark von Armut und Bildungsbenachteiligung betroffen waren. Nach den drastischen Mittelkürzungen des Bundes für Projekte der sozialen Stadtentwicklung will Berlin die fehlenden Gelder jetzt aus eigener Kraft ersetzen. „Wir werden uns die erfolgreiche Arbeit in den Kiezen nicht kaputt machen lassen“, erklärte Berlins Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

■ Erfolgsgeschichte „Quartiersmanagement“

Das Leitbild der „Sozialen Stadt“ ist die sozialdemokratische Antwort auf eine zunehmende soziale Polarisierung in den Städten. Während einige Quartiere gerade bei zahlungskräftigen Mieter/innen oder Eigentümer/innen beliebt werden, gibt es andere Quartiere, die einen sozialen Abstieg erleben. Hier konzentrieren sich Haushalte mit niedrigem Einkommen. Es besteht die Gefahr, dass sich die soziale Trennung in der Stadt verschärft.

Die SPD will gewährleisten, dass auch in Quartieren mit einer ärmeren Bevölkerung der öffentliche Raum eine hohe Lebensqualität bietet, dass guter Wohnraum und vor allem eine intakte sozio-kulturelle Infrastruktur vorhanden sind. Im Klartext: Schulen und Kitas in diesen Quartieren müssen mindestens so gut wenn nicht besser ausgestattet sein als in anderen Quartieren der Stadt, um gerade den Kindern und Jugendlichen, viele von ihnen mit Migrationshintergrund, gute Bildungschancen zu ermöglichen. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, gibt es auch in Berlin seit 1999 das Bund-Länder-Pro-



Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (3. v.l., hier mit der Abgeordneten Dilek Kolat, Stadträtin Angelika Schöttler und Abgeordnetenhauskandidat Ingo Siebert beim Rundgang an der Waldsassener Straße) will erreichen, dass sich alle Gebiete in der Stadt gleichermaßen gut entwickeln können. **Foto: Fernando Miceli**

gramm „Die Soziale Stadt“ mit dem Schwerpunkt des Quartiersmanagements („QM“).

Quartiersmanagement bedeutet zunächst, dass durch gründliche Untersuchungen die unterschiedlichen Entwicklungen der gesamten Stadt erfasst werden. Aus den Zahlen lassen sich Tendenzen zur sozialen Entwicklung ablesen. Quartiersmanagement wurde dort eingeführt, wo sich ein besonderer Entwicklungsbedarf vermuten ließ. Derzeit sind es 34 Quartiere, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ unterstützt werden. In Tempelhof-Schöneberg wurde im Quartier „Schöneberger-Norden“ ein solches Management eingerichtet.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse bei Umsetzung des Programms ist, dass Städte nicht nur aus der gebauten

Umwelt bestehen, sondern vor allem aus den Menschen, die in ihnen leben. Folgerichtig zielt das Programm neben der Verbesserung der Wohnsituation und des Wohnumfeldes vor allem auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu guter Bildung sowie auf soziale und interkulturelle Integration. Auch Projekte zur Sprachförderung, Gewaltprävention, Gesundheitsförderung oder Stadtteilkultur sind zentraler Bestandteil des Programms. Mit Hilfe der eigens eingerichteten Vor-Ort-Büros werden integrierte Handlungskonzepte entwickelt, an denen alle Fachsorts des Bezirks beteiligt werden. Jährlich werden Entwicklungsziele festgelegt und am Ende des Jahres ausgewertet.

Die Entscheidung über den Einsatz der Programmmittel soll in hohem Maße von den

Bewohner/innen selbst getroffen werden. Man geht davon aus, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, was sie bzw. ihr Quartier brauchen. So gibt es in jedem QM-Gebiet einen gewählten „Quartiersrat“, der sich regelmäßig zur Entwicklung im Quartier berät und Entscheidungen über im Rahmen des Programms zu fördernde Projekte trifft. Ein wichtiger Nebeneffekt: Die Menschen werden für das Geschehen in ihrem Quartier interessiert und erhalten die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen.

■ Berliner Senat will Kürzungen „auffangen“

Im Haushaltsausschuss des Bundestages wurde eine Kürzung von 610 Mio. € jährlich auf 455 Mio. € jährlich beschlossen und gleichzeitig die Gewichtung zwischen den verschiedenen Programmen verschoben. So wurde unter anderem das Programm für kleine Städte und Gemeinden um rund 95 % angehoben, während die Mittel für die „Soziale Stadt“, die überwiegend Großstädten zugutekommen, drastisch gekürzt worden waren.

Darüber hinaus sieht der Parlamentsbeschluss vor, dass nur noch Projekte finanziert werden, die sogenannten investiven Charakter haben. Damit würden alle Modellprojekte im Bereich soziale Integration und Bildung, wie Stadtteilmütter, kulturelle Bildungsverbände, Nachbarschaftszentren und Ausbildungsprojekte für Jugendliche, aus der Förderfähigkeit herausfallen. Um dies zu verhindern, will der Senat nun alle Kürzungen des Bundes durch den Einsatz weiterer Landesmittel aus dem Förderprogramm „Investitionspakt“ auffangen.

Senatorin Junge-Reyer: „Wenn die Bundesregierung einerseits Berlin vorwirft, zu wenig für die Integration und die Bildung zu tun, gleichzeitig die Mittel dafür wegekürzt und sich dann beklagt, dass wir nicht schnell genug Fortschritte in den Problemkiezen machen, ist das unredlich und nicht hinnehmbar. Gerade die sozio-integrativen Modellprojekte sind ein wichtiger Pfeiler der positiven Entwicklung in den Quartieren. Mittel für Bildung und soziale Integration sind die beste Investition, die ich mir vorstellen kann.“ **Ingo Siebert**



Potsdamer Straße Ecke Goebenstraße: Im „Schöneberger-Norden“ wurde ein Quartiersmanagement eingerichtet. **Foto: Horb**

Klaus Wowereit im Interview - Fortsetzung von Seite 1:

„Spitze bei neuen Jobs“

TS: Gibt es ausreichend viele Fachkräfte in Berlin?

Wowereit: In der Zukunft werden die Regionen wachsen und zukunftsfähig sein, die ein gutes Potenzial an hervorragend ausgebildeten Fachkräften haben. Berlin ist schon heute eine attraktive Metropole. Wir haben international gute Voraussetzungen, um im künftigen Standortwettbewerb um die besten Fachkräfte mithalten zu können. Denn schon heute kommen junge Menschen zu Ausbildung und Studium nach Berlin. Bis zum kommenden Jahr schafft der Senat noch einmal 3000 zusätzliche Studienplätze. Gerade erst haben wir mit Wirtschaft

und Gewerkschaften einen Pakt für bessere Ausbildung geschlossen. Wir wollen junge Menschen für neue Ausbildungsgänge begeistern. Aber es geht auch um bessere Ausbildungsangebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das ist ein ganz praktischer Beitrag zur Integration.

TS: Integration ist ein Thema, das Sie als stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht haben. Was ist ihr Ziel?

Wowereit: Mir geht es um den Aufstiegswillen, aber eben auch um die Chance zum Aufstieg, die viele bisher nicht haben. Es ist möglich mehr Men-

schen eine Perspektive zu geben und den Grundstein für sozialen Aufstieg zu legen - egal bei welcher Herkunft. Dazu bedarf es einer klaren politischen Schwerpunktsetzung auf Bildung, Qualifizierung und Arbeit. Wir diskutieren solche wichtigen Themen wie die Integration allzu häufig unter dem Eindruck von einzelnen Fällen. Ich habe auch Verständnis für manche Aufregung. Aber wir brauchen keine einfachen Schuldzuweisungen und keine neuen Ausgrenzungen. Integration ist bei uns schon millionenfach gelungen. Aber sie braucht Zeit und die Herzen der Menschen.

Interview: U. Horb

Bezahlbare Mieten

Berliner Initiative im Bundesrat soll Mietanstieg begrenzen

Der Mietanstieg in Berlin ist unübersehbar. Die wachsende Attraktivität der Stadt treibt die Immobilienpreise hoch, zahlungskräftige Investoren drängen in begehrte Stadtquartiere, modernisieren und drücken die Vergleichsmiete nach oben.

Mit einer Initiative im Bundesrat will der Berliner Senat den Mietanstieg in Berlin begrenzen. Mit dem Gesetzentwurf sollen im Interesse der Mieterinnen und Mieter neue Obergrenzen für Mieterhöhungen gesetzt werden. Im einzelnen ist vorgesehen:

1. Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete sollen statt bisher 20 % nur noch in Höhe von 15 % möglich sein. Der Zeitraum von drei Jahren, nach denen wieder erhöht werden kann, soll künftig vier Jahre betragen.

2. Mietwucher soll wirksamer bekämpft werden. Dazu wird angestrebt, den § 5 Wirtschaftsstrafgesetz zu verschärfen. Geplant ist die Möglichkeit, auch für Teilgebiete einer



Der Berliner Senat will den Anstieg der Mieten mit einer Bundesratsinitiative bremsen. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit - hier mit Stadträtin Angelika Schöttler im Pallaskiez - will auch bei Modernisierungen den Anstieg sozialverträglich begrenzen. Foto: Duclos

Gemeinde die Wohnungsmarktsituation konkret zu beurteilen. Damit sollen überhöhte Mieten in besonders nachgefragten Gebieten und sogenannten Szenekiezen, erschwert werden.

3. Energetische Sanierung wirkt vor dem Hintergrund steigender Betriebskosten langfristig kostendämpfend. Die In-

vestitionskosten müssen aber sozialverträglich gehalten werden. Deshalb soll die energetische Modernisierungsumlage von derzeit 11 % auf 9 % gesenkt werden.

Unabhängig vom Erfolg dieser Bundesratsinitiative sind auf Drängen der SPD-Abgeordnetenhausfraktion folgende Maßnahmen beschlossen:

● Die landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen sich bei der Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete ausschließlich an den Berliner Mietspiegel halten.

● Für über 4000 Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau, die über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, sind bereits jetzt mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen mietpreisbegrenzende Vereinbarungen getroffen worden. Das führt dazu, dass auch im nicht preisgebundenen Bestand günstiger Wohnraum vorgehalten wird.

● Privatisierungen von städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden für die Zukunft ausgeschlossen. Rund 260.000 Wohnungen sind derzeit in deren Bestand. Die Unternehmen haben eine Vorbildfunktion bei der Sicherung bezahlbarer Mieten, helfen bei der Entwicklung der Berliner Kieze und bei der Gestaltung eines vielfältigen Wohnungsangebotes für verschiedenste Bevölkerungsgruppen. F.Z.

„Die nächste Zeit wird viel Spaß machen“

Jonathan Wenckers engagiert sich. Warum?

Bundesweit haben die großen Parteien in den letzten 20 Jahren rund ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Anders die Berliner SPD: Seit 2008 steigen die Mitgliederzahlen kontinuierlich, von 15.883 auf derzeit 16.731. Rund 700 Berlinerinnen und Berliner traten in 2010 der SPD bei. Einer von ihnen ist Jonathan Wenckers. Im Interview mit Katrin Wolter erzählt er über seine Beweggründe.

Die SPD hat seit 1990 bundesweit fast 400.000 Mitglieder verloren. Warum bist du in die SPD eingetreten?

Erstens habe ich schon seit meiner Schulzeit ein Faible für Politik. Zweitens suchte ich einen sinnvollen geistigen Ausgleich zu meinem Studium der Rechtswissenschaften. Drittens sollte mein Engagement auch unbedingt einen gesellschaftlichen Nutzwert haben.

Für die SPD habe ich mich deshalb entschieden, weil mir die sozialdemokratischen Grundwerte von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität besonders wichtig sind. Von meinen Eltern habe ich schon sehr früh gelernt, dass nicht alle Menschen auf der Sonnenseite des Lebens stehen und deshalb der Unterstützung ihrer Mitmenschen bedürfen.

Besonders Parteienverdrossene Mitmenschen behaupten, dass nur Opportunisten und Karrieristen in Parteien eintreten würden, für Idealisten aber kein Platz sei. In welche dieser Schubladen ordnest du dich ein?

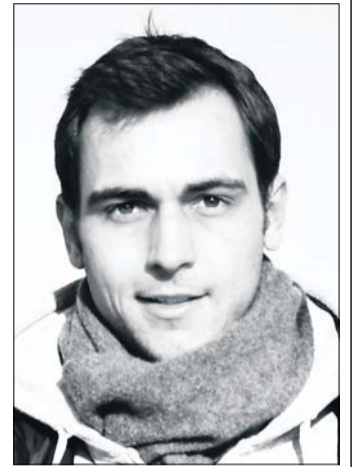
Vor meiner Entscheidung für die SPD gab es schon ein paar Studienkollegen, die mir die FDP wegen ihrer angeblich schnellen Karrierechancen ans Herz legten. Aber das ist für mich kein Kriterium gewesen. Bei mir steht das reine, mandatsunabhängige, politische Engagement im Vordergrund.

„Ich bin eher Pragmatiker“

Ich bin eher ein Pragmatiker und mir darüber im Klaren, dass ich um politische Ideen einzubringen und umzusetzen, mich auch in das bestehende System integrieren muss. Aber das ist allemal besser, als immer nur von außen zu meckern.

Wie wurdest du in deinem Ortsverein, der Abteilung Tempelhof, begrüßt?

Sehr herzlich und nach kurzer Bedenkzeit habe ich das Amt des Wahlkampfbeauftragten unserer Abteilung übernommen. Ich rechne damit, dass dieses Amt viel Zeit und Nerven kosten wird und meine Freundin, die Promotion und der Fußball dann zurückstecken müssen. Andererseits ist das für mich eine günstige Gelegenheit, auf schnellem Wege viele Leute kennenzulernen und mich mit den sozialdemokratischen Themen in meinem Bezirk vertraut zu machen. Es ist ja schließlich nicht jedes Jahr Wahlkampf. Deshalb bin ich guter Dinge, dass mir die nächsten Monate in der SPD



Jonathan Wenckers (26) ist in Berlin geboren und aufgewachsen. Seit April 2010 ist er Mitglied der SPD. Foto: privat

besonders viel Spaß machen werden.

Stimmt es, dass in den Ortsvereinsitzungen hauptsächlich über den Zustand der Straßen und Müllentsorgungsprobleme diskutiert wird? Hast du das Gefühl, dass die Stimme an der Basis auf Landes- und Bundesebene der SPD ausreichend vernommen wird?

Bisher war ich noch nicht bei so vielen Abteilungssitzungen, da sind Schlagloch-Debatten oder Müllbeseitigung allerdings schon vorgekommen. Gelegentlich werden diese Punkte aber auch mit einem humorvollen Zwinkern eingeschoben, weil unser Vorsitzender Oliver Schworck der dafür zuständige Bezirksstadtrat ist.

Realistisch betrachtet würde ich Kommunal- und Bundespolitik auf zwei unterschiedlichen Ebenen ansiedeln. Wenn ich mir den langen Instanzenweg vom Ortsverein bis zum Bundesverband ansehe, erscheint es mir doch recht schwierig, bundespolitische Themen, wie z.B. das der Bürgerversicherung, von der Abteilung aus anzustoßen. Noch eher kann ich mir das bei landespolitischen Themen wie dem Neubau der Berliner Zentral- und Landesbibliothek auf dem Gelände des Tempelhofer Feldes vorstellen.

Apropos Tempelhofer Feld, was würdest du dort errichten?

Gar nichts. Mir gefällt es sehr, wie es jetzt ist. Auf dem Gelände ist heute schon so viel möglich, da ist für jeden was dabei. Und ob nun Sportler oder Spaziergänger, alle Leute sind ganz entspannt. Eine Oase mitten in der Stadt. So soll es bleiben.

Wenn du als Regierender Bürgermeister von Berlin drei Wünsche frei hättest...

... stets volle Kassen im Berliner Landeshaus. Genügend Arbeitsplätze für alle Berliner. Und eine erstklassige Fußballmannschaft.

Parkplätze auf dem Tempelhofer Feld?

Die Entwicklung des Tempelhofer Feldes wird momentan überall in der Stadt diskutiert, denn schließlich ist der Gewinn einer so riesigen Freifläche inmitten der Stadt eigentlich genauso selten wie ein Sechser im Lotto. Und deshalb darf man auf das endgültige Nutzungskonzept auch sehr gespannt sein.

Unabhängig von der weiteren Nutzung wird über das eine Thema schon jetzt hitzig debattiert: Sollten auf dem Tempelhofer Feld nicht unbedingt auch ausreichend Parkplätze angelegt werden? Einige Anwohner klagen bereits über die seit der Öffnung von Besuchern zugesperrten Straßen.



Pro

Wie so oft bei guten Ideen gibt es auch hier den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis.

Das Ziel, dass alle Besucher des Tempelhofer Feldes mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen, ist loblich; die Tatsache, dass bei großen Veranstaltungen die Anwohner rund um das Gelände die Leidtragenden fehlender Parkmöglichkeiten sind, kann aber nicht einfach ignoriert werden mit dem Hinweis, in Paris oder London werde das schließlich auch so gehandhabt.

Zumindest kurzfristig muss eine praktikable Lösung her-

Verhaltensänderungen bei Menschen - hier der Umstieg auf S- und U-Bahn - geht erfahrungsgemäß am schnellsten über das Portemonnaie.

Man könnte z.B. Eintrittskarten zu Veranstaltungen mit Gratis-Tickets für öffentliche Zubringer kombinieren und zur Finanzierung kostenpflichtige Parkplätze einrichten; die Höhe der Gebühren wäre eine weitere erzieherische Maßnahme, ebenso die Entfernung zum Veranstaltungsort.

Allerdings müssten dann auch ausgewiesene Umsteigepunkte für aus weiterer Entfernung Anreisende zur Verfügung gestellt werden.

Petra Rudolphi-Korte, Tempelhof

Contra

Also, wenn jetzt auch noch Parkplätze am Tempelhofer Feld eingerichtet werden, verstehe ich die Welt nicht mehr. Wozu reden wir denn eigentlich seit Jahren über eine Zurückdrängung des Autoverkehrs aus der Innenstadt, um mehr Lebensqualität für alle zu schaffen?

Außerdem ist doch die Belastung durch den Autoverkehr zwischen S-Bahnhof Tempelhof und Platz der Luftbrücke heute schon so groß, dass man zu den Hauptverkehrszeiten nur im Schrittempo voran kommt. Wie soll das denn erst werden, wenn dort zu Großver-



anstaltungen oder an den Wochenenden zusätzliche 200 oder 500 Parkplätze angefahren werden sollen? Ein falsches Signal wäre es auch für die Besucher des Bergmannkiezes. Angesichts der Nähe zum Tempelhofer Feld kann doch niemand ausschließen, dass die Autofahrer die Stellfläche dann lieber für den Kneipenbesuch nutzen.

Das Ganze ist eine völlig unnötige Luxusdebatte: Das Tempelhofer Feld ist ganz bequem per Bus, U- und S-Bahn zu erreichen. Die Sorgen der Anwohner verstehe ich. Aber auch hier gibt es eine einfache Abhilfe: Parkraumbewirtschaftung, mit Anwohnerparkausweisen. Katrin Wolter, Tempelhof

IBA Studio: Neue Pläne für die Stadt

In Tempelhof werden die Vorbereitungen für eine Bauausstellung getroffen

Im Jahre 2020 soll Berlin wieder Schauplatz einer Internationalen Bauausstellung werden. Die ersten Vorbereitungen dazu werden jetzt in Tempelhof getroffen.

Für die Planer, die ihr „IBA-Studio“ in der alten Zollgarage im Flughafengebäude eingerichtet haben, gilt es jetzt, die ersten Ideen öffentlich zu diskutieren. Wie geht Berlin zum

Beispiel mit dem Klimawandel um? Welche Erfahrungen aus anderen Städten lassen sich für neue Projekte nutzen? Wie kann Teilhabe in der Stadt organisiert werden?

Dabei geht es nicht nur um die Gestaltung der freien Flächen des ehemaligen Flughafens. Die neue IBA soll nach den Vorstellungen von Stadtentwicklungsministerin Inge-

borg Junge-Reyer die ganze Stadt im Blick haben. Mit all ihren unterschiedlichen Gesichtern: Denn im Regierungsviertel sieht die Stadt anders aus als in Lichtenrade, am Humboldt-Forum anders als im Kiez um die Crellestraße. So sind denn auch die möglichen Themen der dritten Berliner IBA breit gefächert: Es soll um Bürgergesellschaft, soziale In-

tegration, regionale Ökonomie und um den schonenden Umgang der Stadt mit ihren Ressourcen gehen. „Hauptstadt-Raumstadt-Sofortstadt“ heißt der Arbeitstitel.

Im Mai 2011 soll auf Grundlage der jetzt erarbeiteten Leitideen ein Konzept für die IBA Berlin 2020 im Rahmen einer Veranstaltung des Stadtforums Berlin vorgestellt werden. uh

Köpfe



Angelika Schöttler

Als Tochter des ehemaligen Bezirksbürgermeisters von Schöneberg Alfred Gleitze ist sie mit der Sozialdemokratie groß geworden und hat schon früh ihre Liebe zur Politik entdeckt. Dass Angelika Schöttler selbst aktiv Bezirkspolitik gestalten möchte, war ihr früh klar.

Seit 1989 setzt sie sich - zunächst als Bezirksverordnete in Schöneberg, dann in Tempelhof-Schöneberg - für den familienfreundlichen Bezirk ein. Kinder- und Jugendpolitik ist ihr Schwerpunkt. 2002 wurde sie zur Stadträtin für Familie, Jugend und Sport (ab 2006 auch für Quartiersmanagement) gewählt. Sie sorgt für die Sportstätten genauso wie für den Erhalt der Jugendfreizeiteinrichtungen.

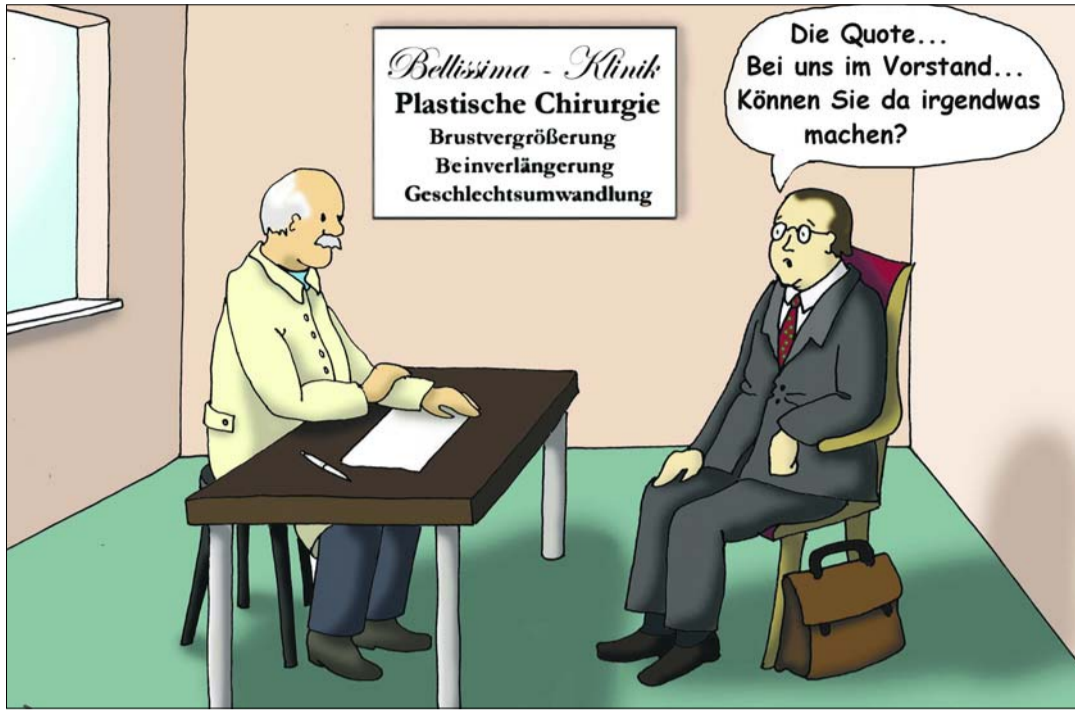
Bei den Sport- und Jugendeinrichtungen bevorzugt sie den Mix aus Neubau und Sanierung. Eine Sporthalle entsteht in Marienfelde, in Schöneberg werden zwei Fußballfelder mit Kabinentrakt gebaut. Ein großer Erfolg für den unterversorgten Sport. Vor Kurzem war sie dabei, als das sanierte Gebäude der Jugendfreizeiteinrichtung Bungalow in Mariendorf bezogen wurde. So ist es ihr Ziel, die Grundausstattung mit Infrastruktur zu erhalten und auszubauen.

Dabei hilft auch das Quartiersmanagement im Schöneberger Norden. Hier werden viele Projekte umgesetzt und eine Begegnungsstätte für alle Generationen geschaffen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner zu aktivieren und mit ihnen gemeinsam den Kiez zu gestalten ist Angelika Schöttler wichtig. Auch in anderen Bereichen setzt sie auf Beteiligung. Das Kinder- und Jugendparlament entstand in ihrer Amtszeit. Nicht nur Erwachsene sondern auch Kinder und Jugendliche sollen, wenn es nach ihr geht, an ihrer Umgebung mitwirken.

Ihre Erfahrungen übergreifend für den ganzen Bezirk einzusetzen und für das Amt der Bezirksbürgermeisterin zu kandidieren, ist für Angelika Schöttler deshalb nur folgerichtig. Den Bezirk bunt und lebenswert zu erhalten und gleichzeitig den enormen Spardruck in Berlin richtig zu lenken, das sieht sie als Aufgabe für die nächsten Jahre. Im Bezirk werden die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbracht und das muss weiterhin gewährleistet werden können.

Ihre private Zeit gehört ihrem Mann und ihren drei Kindern. LR



Karikatur: Petra Rudolphi-Korte

Huzur und das Quartiersmanagement

Eigeninitiative im bunten Schöneberger Norden

Gemeinsam mit anderen kann man viel erreichen: Die Seniorenfreizeitstätte Huzur im Schöneberger Norden ist dafür ein schönes Beispiel. Huzur ist ein generations- und kulturübergreifender Nachbarschaftstreffpunkt. Er wurde im Jahr 2005 durch die Kooperationspartner Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und Esperanto-Aufsuchende Hilfen e.V. ins Leben gerufen.

Anfangen hatte alles mit dem Wunsch älterer Frauen mit Migrationshintergrund sich zu treffen, auszutauschen und die Freizeit gemeinsam zu verbringen. Sie zogen unter der Leitung von Gülsen Aktas, unterstützt vom Quartiersmanagement und der Seniorenbetreuung des Bezirks in einen

kleinen Laden in der Katzlerstraße in Schöneberg.

Huzur bot schon damals ein breites Angebot, das von sozialer Beratung und Bildungsangeboten, bis hin zu gemeinsamen kochen und feiern reichte. Eine Reihe von Frauen lernte mit Hilfe von Huzur schwimmen und erlebte ganz nebenbei eine neue Qualität am Leben teilzunehmen. Das Frauenprojekt ist auch generationsübergreifend angelegt: Es entstand eine enge Kooperation mit den umliegenden Projekten, wie z.B. der Jugendfreizeiteinrichtung „Der Treff 62 e.V.“.

Durch viele Aktivitäten und der guten Verknüpfung im Kiez, wurde der Laden mit der Zeit zu klein. Schließlich eröffnete sich die große Chance, als

die Seniorenfreizeitstätte in der Bülowstraße einen neuen Betreiber suchte. Nach vielen reiflichen Überlegungen und finanziellen Abwägen entschieden sich die Frauen von Huzur die Chance zu nutzen.

Jetzt ist Huzur nicht mehr nur für Frauen, sondern für alle Interessierte offen. Das Programm hat sich - nicht zuletzt, weil die neuen Räumlichkeiten mehr Möglichkeiten bieten - stetig erweitert. Für den Schöneberger Norden ist Huzur ein wichtiger Beitrag für das gemeinschaftliche und kulturübergreifende Zusammenleben. Eines verdeutlicht Huzur aber noch: Wir brauchen das Quartiersmanagement für Nachbarschaftsprojekte und Stärkung der Eigeninitiative der Kiezbewohner. LR/AKH

Frauenmärz: Das Programm

Spannende Veranstaltungen im Bezirk - Fortsetzung von Seite 1

Der Frauenmärz stellt jedes Jahr aufs Neue ambitionierte Programme auf die Beine und leistet so einen innovativen, beispielhaften und vor allem publikumswirksamen Beitrag zum Thema Frauenemanzipation.

Der Frauenmärz trat an mit gezielten Profilierungskursen für das selbstbewusste Gestalten der weiblichen Persönlichkeit, wollte durch Wertschätzung der weiblichen Ästhetik das Selbstverständnis für die Forderung „Frauen an die Macht“ verstärken.

Der Grundidee folgend, eine Veranstaltungsreihe für alle zu



Programmflyer zum Frauenmärz.

sein, wird der Frauenmärz seit der ersten Stunde von Politike-

rinnen der verschiedenen politischen Parteien begleitet und unterstützt.

Und so bietet der Frauenmärz im Jubiläumsjahr unter dem Motto „Brot und Rosen - 100 Jahre internationaler Frauentag“ wieder ein abwechslungsreiches Programm mit Lesungen, Diskussionen, Informationsveranstaltungen und Vielem mehr. Nach der Eröffnung am Freitag dem 4. März im Gemeinschaftshaus Lichtenrade geht es Schlag auf Schlag mit Veranstaltungen für Alt und Jung weiter.

Melanie Kühnemann/AKH

Weitere Informationen unter: www.frauenmaerz.de

„Brot und Rosen“, Kochshows und Geheimnisse...

Aus dem Programm zum Frauenmärz:

■ **Dienstag, 8. März, 16 Uhr, Demo „Brot und Rosen“ - 100 Jahre internationaler Frauentag:** Zum 100. internationalen Frauentag versammeln sich Teilnehmerinnen vor dem Rathaus Schöneberg, um den frauenpolitischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Tissy Bruns, Tagesspiegel, hält die Eröffnungsrede.

■ **Mittwoch, 9. März, 20 Uhr, Lesung „Das Geheimnis meiner türkischen Großmutter“:** Humorvoll und lebensklug erzählt Dilek Güngör von der Begegnung zweier unterschiedlicher Frauen. Theodor-Heuss-Bibliothek, Hauptstraße 40 10827 Berlin

■ **Mittwoch, 9. März, 19 Uhr, Podiumsgespräch Biografische Aspekte von Gertrude Sandmann.** Ausgewählte Aus-

züge aus den Tagebüchern von Gertrude Sandmann werden von einer Schauspielerinnen vorgelesen. Eintritt frei! Haus am Kleistpark Grunewaldstraße 6-7 10823 Berlin.

■ **Freitag und Samstag 18. - 19. März, 20 Uhr, Kochshow „Zauber - Kräuter - Show“:** Astrid Gloria - ehemals Hertha Schwätzig - ist wieder da! Sie kocht live auf der Bühne, zaubert was das Küchenzeug hält,

Neues Leben in Luises Haus

Eine starke Frau an Kautskys Seite

Mit der Eröffnung des Karl und Luise Kautsky Hauses, dem neuen Sitz des Bundesverbandes der „Falken“ in der Saarstr. 14 in Friedenau, wird nicht nur an den linken Vordenker der Sozialdemokratie zur Zeit des Sozialistengesetzes erinnert, sondern auch an eine starke Frau an seiner Seite.

Wenn Männer in Anerkennung ihrer großen Leistungen gefeiert werden, pflegen sie oft zu antworten, dass ihre Arbeit nur mit dem Beistand ihrer Lebensgefährtin getan werden konnte. So auch der sozialistische Schriftsteller und Wissenschaftler Karl Kautsky (1854 - 1938), dem es viele junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um 1900 verdankten, dass sie die sozialistische Ideenwelt verstehen lernten, wie eine Zeitzeugin berichtet.

Luise hätte sich schon um die Arbeiterbewegung verdient gemacht, wenn sie dem intensiven arbeitenden Schriftsteller, der nicht gerade von robuster Gesundheit war, eine ruhige und harmonische Atmosphäre geschaffen hätte. Sie wurde am 11. August 1864 in Wien geboren und war schon bewusste Sozialistin als sie Karl Kautsky kennen lernte. Ihre Eltern hatten eine Konditorei und sie wuchs in einem großen und wohlhabenden jüdischen Haushalt auf, in dem sie auch die Romanschriftstellerin und glühende Sozialistin Minna Kautsky, die Mutter von Karl Kautsky, kennen lernte.

Die 26-jährige wurde die Frau des um zehn Jahre älteren Karl Kautsky, der damals schon die Zeitschrift „Die neue Zeit“ herausgab. Vom Beginn dieser 1890 geschlossenen Ehe an, hatte sich Luise Kautsky mit allem vertraut gemacht, woran ihr Mann arbeitete. Wegen der Unfreiheit auf dem europäischen Kontinent wollten sie nach England auswandern. Da fiel das Sozialistengesetz in Deutschland und sie siedelten erst nach Stuttgart, wo ihnen drei Söhne geboren wurden, dann nach Berlin über.

Zahlreiche Besucher aus aller Welt fanden sich fast täglich in ihrem Haus ein und schildern Luise Kautsky als eine lebenswürdige, geistvolle Gastgeberin. August Bebel, der am nahen Innsbrucker Platz wohnte, war fast jeden Sonntag Abendgast. Darüber hinaus verstand sie es aber auch, freundschaftliche Verbindungen auch dann aufrecht zu erhalten, wenn sie durch politische Meinungsver-

schiedenheiten gefährdet waren, wie zum Beispiel mit Rosa Luxemburg, für die sie mit Wärme eintrat, auch wenn sich ihre politischen Wege getrennt hatten. Die „Briefe Rosa Luxemburg an Luise Kautsky“ haben weitgehend die öffentliche Meinung über Rosa Luxemburg positiv beeinflusst.

Zahlreiche wertvolle Übersetzungen zum wissenschaftlichen Sozialismus zeigen, dass Luise mit dem Thema völlig vertraut war. Eine nicht zu Ende geführte Autobiografie und Lebensskizzen von Frauen aus der Internationale, die leider verschollen sind, würden sicher noch mehr über ihre engagierte Arbeit erzählen.

In den Wirren des Ersten Weltkriegs gingen die Kautskys zurück nach Wien. Später als



Luise Kautsky mit ihrem Mann Karl. Foto: Falken-Archiv

Hitler Wien eroberte, nach Prag und von da nach Amsterdam. Dort ist Kautsky 1938, 84-jährig, gestorben, bis zuletzt umsorgt und gepflegt von seiner Frau.

Die beiden ältesten Söhne waren im Ausland in Sicherheit, aber der jüngste kam in eines von Hitlers Konzentrationslagern, weshalb sich Luise nicht entschließen konnte, der Einladung von Freunden nach England zu folgen. Wenige Tage nach ihrem 80. Geburtstag wurde auch sie verhaftet und nach Auschwitz gebracht, wo sich auch ihr Sohn befand, den sie aber nicht mehr wiedersah.

Im November 1944 starb sie nach einem anstrengenden Transport innerhalb des Lager. Es gibt kein Grab für sie, aber einen Stolperstein in der Charlottenburger Windscheidstraße 31, wo die Kautskys ebenfalls eine Zeitlang wohnten. Und eine Widmung Karl Kautskys in einem seiner Bücher: „Diese Buch widme ich meiner teuren Luise, der Mutter meiner Söhne, dem treuen Kameraden, der unermüdetlichen und verständnisvollen Helferin bei meiner Arbeit, der begeisterten und tapferen Verfechterin unserer gemeinsamen Ideale.“ Eva Liebchen

Erheiternd für Gemüt und Gaumen: Astrid Gloria mit Auszügen aus der „Zauber-Kochshow“. Eintritt frei! Varieté Salon ufa-Fabrik Viktoriastraße 10-18 12105 Berlin.

■ **Sonntag 20. März, 16 Uhr, Diskussion „Wie viel Bio braucht der Mensch?“** Fragen Sie sich das auch, wenn Sie einkaufen gehen? Füttern wir uns und unsere Kinder mit Lebensmittelatrapen? Wie genau interessiert uns, was wir uns in den Mund stecken?

■ **Samstag, 26. März, 12 Uhr, Exkursion „Gartenhistorische Exkursion durch den Franckepark“.** Treffpunkt: Vor dem Rathaus Tempelhof, Tempelhofer Damm 165, 12099 Berlin.

Ausgelesen

Für viele ist die Lektüre eines guten Buches ein optimaler Ausgleich zum stressigen Alltag. **Elke Ahlhoff (54) - Vorsitzende der SPD-Fraktion der BVV in Tempelhof-Schöneberg - hat uns verraten, welches Buch zuletzt auf ihrem Nachtschisch lag.**



Elke Ahlhoff liest „Der Zorn der Wölfe“

Jiang Rong: „Der Zorn der Wölfe“ erzählt die Geschichte eines jungen chinesischen Intellektuellen, der während der Kulturrevolution zum Arbeitseinsatz in die Mongolei entsandt wird.

Der Roman fasziniert mich, weil er Einblick in das Leben des mongolischen Nomadenvolks, deren Tradition und Weltsicht gewährt. Eindrucksvoll wird das Wechselspiel zwischen dem Hirtenvolk und den Wölfen der Steppe geschildert. Eine Beziehung zwischen Hass, Furcht und Ehrerbietung, die sich zugleich im Einklang mit der Natur befindet und eine Garantie für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts ist. Leider droht blinder Fortschritts-glaube diese feine Balance zu zerstören.



Ein Blick wie ins Spielzeugland: Der Tempelhofer Hafen vom Uhrenturm aus gesehen.

Foto: L. Rauchfuss



Aufgetischt

Dass Berlins Regierender Bürgermeister leidenschaftlich gern kocht, ist stadtwie bekannt. Aber auch andere Politiker kochen nicht nur mit Wasser. **Lars Oberg (32) - Mitglied der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus - stellt uns eines seiner liebsten Kochrezepte vor.**

Lars Oberg empfiehlt
Pasta mit Auberginen-Tomaten-Soße

PASTA mit Auberginen-Tomaten-Sauce
ZUTATEN für 4 Personen: 500g Pasta (z.B. Penne); 1 große Aubergine; 1kg Tomaten; Olivenöl; 1 Knoblauchzehen; 1 EL Tomatenmark; Salz; Pfeffer; getrocknete italienische Kräuter; eine Handvoll frisches Basilikum; Salz; Pfeffer; Parmesan

ZUBEREITUNG: 1. Die Aubergine komplett bei 200 Grad (35-45 min) in den Backofen. 2. Tomaten einritzen, im Topf mit kochendem Wasser übergießen, nach 1 min rausnehmen, die Haut abziehen. Tomaten in kleine Stücke schneiden. Knoblauch schälen und in dünne Scheiben oder kleine Würfel schneiden. 3. Olivenöl in einer großen Pfanne erhitzen, Knoblauch darin kurz anbraten, Tomaten und getrocknete Kräuter dazu geben. Gut salzen, Deckel drauf und bei mittlerer Hitze 10-15 min einkochen lassen. 4. Aubergine aus dem Backofen nehmen, Haut einritzen und Stiel abschneiden. Wenn die Aubergine gar ist, dann lässt sich die Haut ganz leicht abziehen. Die Aubergine in Würfel schneiden und zusammen mit dem Tomatenmark zu den Tomaten geben. Die Sauce einige Minuten köcheln lassen, bis die Aubergine ganz weich ist. 5. Pasta in Salzwasser al dente kochen. Basilikum hacken und in die Sauce geben, mit Salz und Pfeffer abschmecken. 6. Pasta und Sauce auf einem Teller anrichten, mit dem geriebenen Parmesan bestreuen und einen kleinen Schuss Olivenöl mit dazu geben.

TIPP: Durch das Garen der Aubergine im Backofen wird diese wunderbar weich und behält gleichzeitig ihren Geschmack. Das Ganze hat allerdings auch seine Tücken. Wenn man die Aubergine zu lange im Ofen lässt, dann kann sie buchstäblich explodieren. Eine riesige Sauerei. Mir ist das einmal passiert und ich habe danach eine gute Stunde den Backofen geputzt. An diesem Tag gab es bei mir Tomatensauce ohne Aubergine.

Verbraucherschutz:

Kinderprodukte: Zuviel Salz in der Wurst

Fröhliche Comicfiguren zieren die Verpackungen, lustige Produktnamen, Bärchenverpackungen oder Gesichter auf den Wurstscheiben sollen kleine Kunden im Supermarkt ansprechen. Was ihnen da allerdings schmackhaft gemacht wird, ist nicht unbedingt kindertauglich, meint die Verbraucherorganisation Foodwatch.

So werden etwa die Mini-Würstchen eines Herstellers als „täglich Beitrag für die gesunde Ernährung“ angepriesen. Das Produkt soll „stärkere Knochen und Zähne“, das „Zellwachstum“ und einen „reibungslosen Stoffwechsel“ fördern. „Tatsächlich“, so die Foodwatch-Experten, „fällt es vor allem durch einen hohen Salzgehalt von 2 Gramm pro 100 Gramm auf.“

„Kinder essen ohnehin schon zu viel Salz. Den Eltern ein so

salziges Produkt als täglichen Beitrag zur gesunden Ernährung zu verkaufen, entlarvt sich schnell als Etikettenschwindel – ehrlicher wäre es, von einem täglichen Beitrag zu späterem Bluthochdruck zu reden“, so Anne Markwardt, Leiterin der foodwatch-Kampagne abgespeist.de.

Obwohl Kinder einen niedrigeren Salzbedarf als Erwachsene haben, ist der Salzgehalt in den für sie hergestellten Wurstwaren nicht reduziert. Dabei stuft etwa das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) den Salzkonsum von Kindern, der derzeit zwischen 4,25 und 5,5 Gramm pro Tag liegt, als zu hoch ein. Er erhöht das Risiko, später an Bluthochdruck zu leiden, was wiederum Nierenschäden, Schlaganfälle oder Herzinfarkte zur Folge haben kann. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) for-

dert „Anstrengungen zur Senkung des Kochsalzverzehrs“ und schätzt, dass für Kinder gerade einmal etwas mehr als ein Gramm Salz pro Tag lebensnotwendig sei.

Eltern werden die Spezialprodukte für ihre Kinder mit dem Hinweis auf den Zusatz von Vitaminen oder Calcium nahegebracht. Doch diesen Bedarf sollten Kinder nicht durch Wurstwaren decken, sondern vor allem durch Obst, Gemüse oder Milch, empfehlen die Ernährungsexperten.

Die untersuchten Produkte, darunter Stockmeyers „Ferdinand Fuchs Mini Würstchen“, Reinerts „Bärchen-Streich“-Wurst, „Leo Lausemaus Mortadella“ von Böklunder, Reinerts „Piratinos Abenteuer-Mortadella“ sowie „Bob der Baumeister Mini-Wiener“ von Wolf, enthielten zwischen 1,8 und 2,25 Gramm Salz pro 100 Gramm. **PM**

Kulturtyp

Galerie im Rathaus Tempelhof: Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945 - Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation. Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation war eine der größten Berliner Widerstandsorganisationen gegen das Regime der Nationalsozialisten. Über 500 Männer und Frauen - Kommunisten, Sozialdemokraten und Anhänger unterschiedlicher Weltanschauungen, Arbeiter, Angestellte, Ärzte und Künstler - schlossen sich ihr an. Durch Verrat konnte die Gestapo im Sommer 1944 über 280 Personen verhaften. 100 Männer und Frauen wurden hingerichtet oder starben während der Haft und in Konzentrationslagern.

■ bis 15.03.2011, geöffnet Mo - Fr 11.00 bis 18.00 Uhr, Rathaus Tempelhof, Tempelhofer Damm 165, 12099 Berlin, Verkehrsverbindungen: U 6, U-Bahnhof Alt-Tempelhof oder Kaiserin-Augusta-Str.

Sprechstunden

■ **Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten: mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884**

■ **Friedenau:** Dilek Kolat, MDA, stellv. Fraktionsvorsitzende, Mosestraße 6, 12159 Berlin-Friedenau. Bitte anmelden unter Tel. 0171 6553932

■ **Lichtenrade-Marienfelde:** Ingo Siebert und Andrea Kühnemann Dienstag, 15. März, und Dienstag, 29. März 2011, jeweils 17.30 bis 19 Uhr im Bildungs- und Forschungszentrum Berlin e.V., Kettinger Str. 39 a, 12305 Berlin, ingo.siebert@spd-berlin.de

■ **Mariendorf:** Frank Zimmermann, MDA, und Rita Robinson, (BV), Montag, 14.03.2010, 17-18 Uhr, Spukvilla, Albrechtstraße 110 12103 Berlin-Tempelhof

■ **Schöneberg:** Lars Oberg, MDA, regelmäßig montags 16-18 Uhr, Kolonnenstraße 61, 10827 Berlin

Auf Spurensuche in Schöneberg

Bezirksgeschichte: Kapp-Putsch forderte 1920 auch am Kaiser-Wilhelm-Platz Opfer

Im März 1920 kam es zu einem Putsch gegen die Weimarer Republik. Angeführt wurde er vom rechtsgerichteten Wolfgang Kapp und dem Kommandierenden General der Reichswehr Walther von Lüttwitz. Der Kapp-Putsch brachte das Deutsche Reich an den Rand eines Bürgerkrieges und zwang die Reichsregierung zur Flucht aus Berlin. Spuren hat er auch in Schöneberg hinterlassen.

Der Putsch richtete sich gegen die von SPD, Zentrum und DDP getragene Regierung des Reichskanzlers Gustav Bauer (SPD), die nach dem 1. Weltkrieg notgedrungen die Annahme des Versailler Vertrags durchgesetzt hatte, der am 10. Januar 1920 in Kraft getreten war. Große Teile des Offizierkorps der Reichswehr und paramilitärische und rechtsorientierte Verbände nahmen das nicht hin und fanden in großen Teilen der Bevölkerung auch Unterstützung. Da es den Putschisten nach Tagen des Umsturzversuchs jedoch nicht gelang,



Erinnerung an die Opfer des Kapp-Putsches in Schöneberg.

an die Macht zu kommen, da es ihnen unter anderem an Einigkeit über ihre eigentlichen Ziele fehlte, war der Putsch nach 5 Tagen beendet.

Er hatte jedoch eine große Anzahl von Opfern gefordert. Auch in Schöneberg hatte es Straßenkämpfe gegeben. Das alte Schöneberger Rathaus am Kaiser-Wilhelm-Platz (jetzt an dieser Stelle die Berliner Bank, mit Gedenktafel) und die Maison de Santé waren durch eine Offizierskompanie des sogenannten „Schutzregiments“ Groß-Berlin

besetzt, denen eine große Menschenmenge, die sich zum von der SPD ausgerufenen Generalstreik entschlossen hatte, gegenüberstand. Die meisten Militärs trugen schon damals ein großes Hakenkreuz auf ihren Stahlhelmen und Militärfahrzeugen. Es wurde in die Menge geschossen. Es gab Tote und Verletzte.

Für drei der getöteten Opfer, die keine Angehörigen hatten, organisierten die demokratischen und sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung von Schöneberg eine Trauerfeier im Rathaus. Der weite Platz vor dem Rathaus und die umliegenden Straßen waren von einer viel tausendköpfigen Menschenmenge gefüllt, und nach einer ergreifenden Feierstunde setzte sich der Leichenzug in Bewegung zum Friedhof „Blanke Helle“ in der Eythstraße, wo die Beisetzung erfolgte. Der Text auf dem Grabstein neben den Namen der Toten lautet: „Den Opfern des Kapp-Putsches. In dankbarer Erinnerung, gewid-

met von der Sozialdemokratischen Partei Deutschland 11. Kreis Schöneberg-Friedenau“. Auf Grund von Witterungsschäden ist der Text heute nur noch schlecht lesbar. Das Grab wurde trotz einiger Bemühungen nie zum Ehrengrab erklärt, aber wegen seiner Bedeutung auch nicht eingeebnet. Seit Jahrzehnten bemühen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger um den Erhalt der Grabstätte und die Restaurierung des Steins durch das Bezirksamt. Der Bezirksbürgermeister und der zuständige Stadtrat sind informiert, und die Erwartungshaltung an sie ist groß. Im vergangenen Jahr gründete sich der „Verein zur Pflege der Grabstätte der Schöneberger Kapp-Putsch-Opfer e.V.“ (<http://kapp-putsch-in-schoeneberg.blogspot.com>). **Eva Liebchen**

Terminhinweis:

Am 22. März 2011 findet um 19 Uhr eine Gedenkveranstaltung in der Berliner Geschichtswerkstatt in der Schöneberger Goltzstraße 49 statt, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind.

Tempelhof-Schöneberg Miteinander



- Ja, ich will bei der SPD mitarbeiten
- Ich möchte zu einer SPD-Veranstaltung in meinem Stadtteil eingeladen werden
- Bitte senden Sie mir das Wahlprogramm der SPD zu

Name, Vorname

Straße, Nr.

Plz, Ort

Tel., Mail

Bitte einsenden an: SPD Tempelhof-Schöneberg, Feuerstr. 4, 10827 Berlin

BERLIN MITEINANDER

Arbeit, Zusammenhalt und Bildung